IM FOKUS

Auf der Flucht **im eigenen Land**

Caritas international an der Seite von Binnenvertriebenen weltweit

caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

INHALT

Zuhause, aber ohne Rechte?
Anke Wiedemann Seite 4

Binnenvertreibung in Afrika
Volker Gerdesmeier Seite 8

Mit Dialog gegen Radikalisierung
Interview mit Atta Bakindo, Leiter des Kukah Centre in Abuja, Nigeria Seite 12

„Kirchliche Organisationen bleiben lange vor Ort“
Interview mit Prof. Dennis Dijkzeul von der Ruhr-Universität Bochum Seite 14

Binnenvertreibung weltweit
Info-Grafik Seite 16

Zukunftstraum trotz Terror
Interview mit Marthe Wandou von der Organisation Aldepa, Kamerun Seite 18

Schmelztiegel Kabul
Vera Jeschke Seite 20

Wenn die Kindheit einfach ausfällt
Interview mit Angela Gärtner, Syrien-Referentin bei Caritas international Seite 22

Myanmars vergessener Bürgerkrieg
Linda Tenbohlen Seite 24

Im Würgegriff der Gewalt. Binnenvertreibung in Zentralamerika
Nora Hubrich Seite 26

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Weltweit sind 80 Millionen Menschen auf der Flucht. So viele wie noch nie. Die Mehrheit dieser Menschen sind jedoch keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, da sie nie eine Staatsgrenze überschritten haben. Sie sind Vertriebene im eigenen Land. Aber obwohl die Zahl der Binnenvertriebenen kontinuierlich ansteigt, schafft das Thema es nicht, international Aufmerksamkeit zu erhalten.
Wie kann das sein?

Volker Gerdesmeier, der Leiter des Afrika-Referates von Caritas international, berichtet, wie mediale Vernachlässigung, regionale Abgeschiedenheit und politischer Unwille dazu führen, dass die großen Vertreibungskrisen in Afrika derzeit von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ablaufen.

Binnenvertreibung ist ein komplexes Phänomen, das durch zahlreiche politische Faktoren beeinflusst wird und weitreichende Folgen sowohl für die Betroffenen als auch für die Aufnahmegesellschaften hat. Für reichere Staaten stellen Binnenvertriebene kein drängendes Problem dar, da die Menschen schon qua Definition nicht nach Europa kommen. Von den finanziellen Mitteln dafür ganz abgesehen. Umgekehrt leugnen Regierungen, deren Länder von Vertreibungen besonders stark betroffen sind, häufig selbst das Problem.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch die Arbeit mit und für Binnenvertriebene von Caritas international, dem Hilfswerk der deutschen Caritas. Einerseits sind Binnenvertriebene ähnlich schutzbedürftig wie Flüchtlinge. Sie mussten häufig alles zurücklassen und kämpfen an ihrem Zufluchtsort ums Überleben. Andererseits stellt die Hilfe für sie humanitäre Organisationen vor große Herausforderungen: Der Zugang ist häufig erschwert, die Sicherheitslage prekär, die Regierung des betroffenen Landes wehrt sich gegen „Einmischung von außen“ oder ist selbst Mit-Akteur der Vertreibungen.

Hinzu kommt, dass nicht nur die Zahl der Binnenvertriebenen seit Jahren kontinuierlich ansteigt (laut Datenlage hat sie sich seit 1998 verdoppelt), sondern auch die Dauer der Vertreibung. Je länger Menschen nicht zurück in ihre Heimat können, desto wichtiger ist es, dass sie neben akuter Nothilfe auch psychosoziale Hilfen, Zugang zu Bildung und Unterstützung beim Erschließen neuer Einkommensquellen erhalten.

Zum „Tag der Migration“ hat Papst Franziskus an die prekäre Lage der Binnenvertriebenen erinnert und dazu aufgerufen, das „unsichtbare Drama“ nicht zu vergessen. Mit diesem Heft wollen auch wir ein Schlaglicht auf die komplexe Problematik Binnenvertreibung werfen. Wir möchten aufzeigen, wie Caritas international sich weltweit gemeinsam mit lokalen Partnern dafür einsetzt, dass der Verlust der Heimat für Binnenvertriebene nicht auch zum Verlust ihrer Zukunft wird.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes

Dr. Oliver Müller
Leiter Caritas international

Zuhause, **aber ohne Rechte?**

Seit Jahren steigt die Zahl der Binnenvertriebenen kontinuierlich an. Trotzdem schafft es ihre zumeist äußerst schwierige Situation kaum auf die Agenda der internationalen Politik. Millionen Menschen leben derzeit entrechtet als Bürger*innen zweiter Klasse in ihrem eigenen Herkunftsland. Um ihre Lage zu verbessern, bräuchte es einen verbindlichen Schutzstatus, der dem der Genfer Flüchtlingskonvention vergleichbar ist.

VON ANKE WIEDEMANN

Von der internationalen Politik allein gelassen: Junge in einem Camp für Binnenvertriebene bei Zakho (Irak).

© Michael Stürzenhofecker/ Caritas international

Die Mehrheit der Menschen, die gezwungen sind, vor Gewalt, bewaffneten Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, Naturkatastrophen oder klimatischen Veränderungen zu fliehen, bleiben als Binnenvertriebene im eigenen Land. Die Zahl der Binnenvertriebenen - im Englischen Internally Displaced Persons (IDPs) – steigt seit Jahren kontinuierlich an und umfasst heute schätzungsweise 50 Millionen Menschen.[1] Als Binnenvertriebene gelten "... Personen oder Personengruppen, die zur Flucht gezwungen oder verpflichtet wurden oder ihre Häuser oder üblichen Wohnsitze verlassen mussten, insbesondere infolge von oder zum Zwecke der Vermeidung der Auswirkungen von bewaffneten Konflikten, Situationen allgemeiner Gewalt, Menschenrechtsverletzungen oder natürlichen oder von Menschen verursachten Katastrophen, und die keine international anerkannte Staatsgrenze überquert haben." (Guiding Principles on Internal Displacement, 1998).[2]

Binnenvertriebene sind somit im eigenen Land auf der Flucht. Sie werden nicht als Flüchtlinge anerkannt, da laut Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) nur als Flüchtling gilt, wer eine internationale Grenze übertritt (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, 28. Juli 1951).[3] Dieses völkerrechtliche Abkommen definiert, welche rechtlichen Schutzgarantien, Hilfen und sozialen Rechte die Unterzeichnerstaaten Flüchtlingen gewähren müssen. Diese Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts bezieht sich nicht auf Binnenvertriebene, ein vergleichbares Abkommen besteht zu ihrem Schutz nicht.

Kein internationaler Schutz

In den letzten Jahren gab es zahlreiche Versuche, rechtliche Schutzinstrumente für IDPs zu entwickeln und einheitliche Regeln zu schaffen: So wurden seit 1992 regelmäßig UN-Resolutionen verabschiedet, die sich mit der Situation von Binnenvertriebenen befassen.[4] Einen wichtigen Schritt stellten auch die 1998 aufgestellten Guiding Principles on Internal Displacement dar. Diese Leitprinzipien enthalten dreißig Empfehlungen für Regierungen und Nichtregierungsorganisationen zum Umgang mit Binnenvertriebenen, wobei insbesondere an die Verantwortung der Nationalstaaten in Bezug auf die eigene Bevölkerung appelliert wird. Auch wenn diese Leitlinien nach wie vor einen wichtigen völkerrechtlichen Referenzrahmen darstellen, so bleibt ihre Wirkung in der Praxis gering. Denn es handelt sich lediglich um Empfehlungen und kein Staat wird zu bestimmten Schutzmaßnahmen verpflichtet.

Bisher sind alle Versuche gescheitert, auf internationaler Ebene verbindliche Abkommen umzusetzen. Umso bemerkenswerter sind dagegen Bestrebungen auf regionaler Ebene: So setzte die Regionalorganisation International Conference on the Great Lake Region (ICGLR) im Jahr 2006 ein Protokoll um, welches die UN-Leitlinien für Binnenvertriebene für ihre Mitgliedsstaaten[5] verbindlich macht und diese verpflichtet, Schutzmaßnahmen gegen Vertreibung und für Vertriebene umzusetzen. Besonders richtungsweisend ist auch die Kampala Konvention der Afrikanischen Union von 2009 (siehe Artikel von Volker Gerdesmeier über Binnenvertreibung in Afrika auf S.8). Diese beiden Abkommen stellen einen deutlichen Fortschritt dar, jedoch ist kein Staat gezwungen, diese Vereinbarungen zu ratifizieren und zu implementieren. Und auch Sanktionen bei Verstößen und deren Umsetzung sind nicht ausreichend geregelt.

© Philipp Spalek

Eine Sozialarbeiterin der Caritas Irak im Gespräch mit Sharifa Khivo (li.), die mit ihrer Familie vor dem IS fliehen musste.

Verpasste Chance

Mit den großen Fluchtbewegungen in den Jahren 2015 und 2016 nach Europa wuchs das Interesse der (europäischen) Nationalstaaten an den Themen Migration und Flucht. Nicht zuletzt auch, weil ein großes Interesse darin bestand, Fluchtbewegungen von Menschen über verschiedene Grenzen hinweg besser steuern und kontrollieren zu können. Dieses Interesse spiegelt sich jedoch nicht beim Thema Binnenvertreibung wieder.

So greifen auch der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Migration) und der Globale Pakt für Flüchtlinge (Global Compact on Refugees), die beide im Dezember 2018 durch eine Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft angenommen wurden, den Schutz und die Rechte von Binnenvertriebenen nur unzureichend auf. Auch wenn beide Pakte völkerrechtlich nicht bindend sind, >>

könnten sie zur Beseitigung bestehender Lücken im Schutz von Geflüchteten und Migrant*innen beitragen. Ihr Ziel ist es, die Interessen von Herkunfts-, Transit- und Zielländern sowie der betroffenen Migrant*innen und Geflüchteten zusammenzubringen. Zwar lassen sich viele Vereinbarungen auch auf die Situation von Binnenvertriebenen übertragen, jedoch spielen diese in den Pakten keine explizite Rolle. Das hat auch gravierende finanzielle Folgen: Die Staaten machten Zusagen, um die Umsetzung der Pakte zu finanzieren. Die Nichtbeachtung von IDPs führt nun dazu, dass für mögliche Instrumente zu ihrem Schutze das Geld fehlt. Zudem wurde das Amt des UN-Sonderbeauftragten für Binnenvertriebene zum Sonderberichterstatter degradiert, was bedeutet, dass diese Stelle nicht mehr über die Vereinten Nationen finanziert ist, sondern ehrenamtlich von einer Privatperson ausgeführt wird (aktuell von Cecilia Jimenez-Damary aus den Philippinen). In alledem zeigt sich deutlich, wie wenig Beachtung die Situation von Binnenvertriebenen derzeit auf der internationalen Agenda findet. [6]

© Oliver Müller

Auch wenn das Leben dort nicht einfach ist: Das Vertriebenenlager in Juba, Südsudan, bietet Sicherheit.

Souveränität versus Schutz

Der ursächliche Grund hierfür liegt darin, dass beim Thema Binnenvertreibung die nationale Souveränität der betroffenen Staaten in hohem Maße betroffen ist. Nicht selten hat die Regierungsführung Anteil an Vertreibungen und sieht sich im Falle stärkerer Schutzmechanismen selbst in der Pflicht oder an den Pranger gestellt. Hinzu kommt, dass Binnenvertreibung häufig in sogenannten Failed States vorkommt, in denen die Handlungsmacht der Regierungen ohnehin erodiert, Gesetze nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden können oder dies von den jeweiligen Machthabern (oder anderen Kräften wie beispielsweise dem Militär) nicht gewünscht ist.

Unterstützungsangebote von anderen Staaten oder Organisationen in Bezug auf Binnenvertriebene im eigenen Land werden deshalb von den jeweiligen Regierungen häufig als unzulässige Eingriffe in ihre inneren Angelegenheiten gewertet. Nicht selten wird das Ausmaß der Binnenvertreibung generell bestritten,

© Michael Stürzenhofecker/ Caritas international

Es kann keine Dauerlösung sein: Das IDP-Lager Bersive in der Nähe von Zakho (Irak).

da es auf tiefergehende politische Herausforderungen oder Versäumnisse im eigenen Land hinweist.

Probleme in den Aufnahmeregionen

Die Folge sind Millionen Binnenvertriebene, die in ihrem eigenen Herkunftsland ähnlich schutzbedürftig sind wie Flüchtlinge, für die aber kein internationaler Schutz greift. Hinzu kommt, dass sich viele Vertreibungskrisen immer häufiger zum so genannten Protracted Displacement entwickeln. Damit ist neben der länger werdenden Zeitspanne, die Vertriebene nicht in ihre Heimat zurück können, auch das Zusammenspiel verschiedener Parameter gemeint, die die ursächliche Vertreibungskrise noch weiter verschärfen: So kann zum Beispiel eine große Zahl an IDPs in einer Region dazu führen, dass dort die Löhne für Hilfsjobs rapide sinken oder die vorhandene Infrastruktur extrem überlastet wird, was oftmals Ressentiments schürt.

© Philipp Spalek

Seit sechs Jahren herrscht in der Ostukraine Krieg. Hunderttausende leben als Vertriebene im eigenen Land.

Die Politik und die internationalen Institutionen müssen aus all den genannten Gründen die vielfältigen Probleme im Zusammenhang mit Binnenvertreibung endlich anerkennen und ihr Bemühen um einen internationalen Schutz intensivieren. Es gilt in erster Linie, die Fluchtursachen selbst zu überwinden, wozu es politische Initiativen zur Stärkung von guter Regierungsführung (Good Governance) und Menschenrechten braucht. Die internationale Staatengemeinschaft muss insgesamt mehr finanzielle Mittel bereitstellen, um beispielsweise in die langfristige Prävention von Konflikten und Krisen zu investieren. Geschieht das nicht, werden sich in den davon betroffenen Regionen die Probleme weiter verschärfen. Millionen IDPs, die als Bürger*innen zweiter Klasse in ihrem eigenen Herkunftsland leben, werden dann immer weiter benachteiligt werden. Lösungsansätze gibt es, was noch fehlt, ist der politische Wille zu ihrer Umsetzung.

ANKE WIEDEMANN
ist Referentin für Flucht und Vertreibung bei Caritas international.

1 IDMC (April 2020): "Global Report on Internal Displacement". Unter: *www.internal-displacement.org/global-report/grid2020/*
2 Deutsche Übersetzung: UNHCR Deutschland: *www.unhcr.org/dach/de/ueber-uns/wem-wir-helfen/binnenvertriebene*
3 Dem Abkommen über die Rechtstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (in Kraft seit 1954) und dem Protokoll vom 31. Januar 1967 sind insgesamt 143 Staaten beigetreten.
4 Die erste Resolution wurde von der Menschenrechtskommission verabschiedet: Resolution E/CN.4/RES/1992/73 vom 5.3.1992.
5 Der ICGLR gehören die Staaten Angola, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Kenia, Republik Kongo, Sambia, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda und Zentralafrik. Republik an.
6 Koch, Anne: Auf der Flucht im eigenen Land. Politische und institutionelle Herausforderungen im Kontext von Binnenvertreibung. SWP-Studie 4, März 2020. Unter: *www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S04_binnenvertreibung.pdf*

Binnenvertreibung **in Afrika**

Obwohl die Zahl der Binnenvertriebenen in Afrika steigt, laufen die großen Vertreibungskrisen von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ab. Ein Grund dafür ist, dass die Vertreibungen oft in vernachlässigten, abgelegenen Regionen geschehen. Das stellt auch die Nothilfe vor große Herausforderungen.

VON VOLKER GERDESMEIER

In Afrika lebt ungefähr ein Sechstel der Weltbevölkerung, aber nahezu ein Drittel aller Flüchtlinge weltweit. Die meisten dieser 25 Millionen Menschen haben entweder keine Chance oder nicht den Wunsch, eine Grenze zu überqueren, um ihr Heimatland zu verlassen. Sie sind Binnenvertriebene – Internally Displaced Persons (IDPs). Zurzeit erleiden ungefähr 18 Millionen Afrikaner dieses Schicksal. Die meisten IDPs verzeichnet die Demokratische Republik Kongo (über fünf Mio. IDPs), gefolgt von Somalia, Nigeria, Äthiopien, Südsudan und Sudan.[1] Gemessen am Anteil der fliehenden Menschen an der Gesamtbevölkerung des Landes weist die Zentralafrikanische Republik die höchste Zahl an Vertreibungen auf: Fast jeder vierte Einwohner ist dort auf der Flucht (IDPs und Flüchtlinge in Nachbarländern zusammengerechnet).[2] Weitere schwere Vertreibungskrisen gibt es derzeit in Burkina Faso, Mali und Kamerun.

Fluchtgrund: Angst vor Gewalt

Was treibt Menschen in Afrika südlich der Sahara zur Flucht? In den allermeisten Fällen die begründete Furcht davor, Opfer gewaltsamer innerstaatlicher Konflikte zu werden. Auch wenn jedes afrikanische Land seine ganz eigene, komplexe Geschichte hat und Pauschalisierungen nicht sinnvoll sind, gibt es bei den Fluchtursachen doch einige Parallelen. So spielen sich die meisten schweren Vertreibungskrisen in Ländern ab, die

© David Mutua/ CAFOD

Südsudan: Hunderttausende Binnenvertriebene sind auf Lebensmittelhilfen angewiesen. Die Caritas der Diozöse Rumbek verteilt Gutscheine für Getreide.

seit Jahrzehnten Schauplatz blutiger Rebellionen, nicht minder gewalttätiger Repressionen von Seiten der Staatsorgane oder Kämpfen zwischen einer Vielzahl skrupelloser „Warlords" sind. Opfer der Kämpfe sind ganz überwiegend wehrlose Zivilisten.

Zu den weiteren Flucht- und Vertreibungsursachen zählen gewaltsame Auseinandersetzungen anlässlich von Wahlen, wie etwa bei der Vertreibung von ca. 650.000 Menschen in Kenia 2007 und 2008. Vom Staat erzwungene Umsiedlungen wie Mitte der 1980er Jahre in Äthiopien (2,5 Millionen Menschen) oder Naturkatastrophen wie aktuell in Mosambik infolge des Zyklons Idai sind ebenfalls Fluchtgründe.

© Corrado Disegna/ Caritas International

Tschad: Die Caritas unterstützt Projekte für Binnenvertriebene, die in ihre Herkunftsorte zurückkehren möchten.

IDPs haben kaum Rechte

Wie kann man die Situation von Binnenflüchtlingen beschreiben? Es gibt einzelne Fälle großer Camps für IDPs wie zum Beispiel im westsudanesischen Darfur. Die meisten Binnenvertriebenen leben aber verstreut in Dörfern und Städten. Sie sind auch deshalb besonders schutzbedürftig, weil ihnen ein rechtlich bindender Schutz – analog zur UN-Flüchtlingskonvention für grenzüberschreitende Flüchtlinge – bisher weitgehend fehlt. Es war der südsudanesische Diplomat Francis Deng, der als erster UN-Sonderberichterstatter für die Rechte intern Vertriebener mit seinen Leitlinien 1998 die Grundlagen für einen völkerrechtlichen Schutz von IDPs formulierte. Davon inspiriert verabschiedete die Afrikanische Union 2009 die Konvention zum Schutz und zur Unterstützung intern Vertriebener, die sogenannte „Kampala Konvention", die mittlerweile 29 afrikanische Staaten ratifiziert haben. Aber bis zu einem effektiven Schutz und einem eingelösten Recht auf Hilfe mitten in eskalierenden Gewaltkonflikten, die ja ihrerseits durch Staatsversagen und Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet sind, ist es noch ein langer Weg.[3]

Hinzu kommt: Die meisten Vertreibungssituationen in Afrika dauern länger als fünf Jahre, viele bis zu zwanzig Jahre oder länger. Das betrifft sowohl Binnenvertreibungen als auch grenzüberschreitende Fluchtbewegungen und bedeutet, Flüchtende verlieren auf Dauer den Zugang zu ihrem Land. Die Felder, die sie in ihrer Heimat bebaut hatten und die ihnen meist „nur" nach traditionellem Recht zustanden, werden von anderen in Besitz genommen. Oft haben sie bei der Flucht alle Besitztümer verloren und sind auch am Zielort ihrer Flucht nicht sicher. Häufig werden sie erneut vertrieben. Die Unsicherheit, der Verlust von Selbstversorgungsmöglichkeiten und sozialen Bindungen sind schwer traumatisierend. Viele IDPs prägt das für Jahre und Jahrzehnte, auch wenn sie oberflächlich gesehen weiter „funktionieren" und handlungsfähig sind.

Prekäre Sicherheitslage, marode Infrastruktur

Dem humanitären Imperativ folgend, hat Caritas international in Afrika südlich der Sahara die Hilfe für Opfer von Krieg und Vertreibung zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Derzeit leisten wir Hilfe für Binnenvertriebene in zehn afrikanischen Ländern: der Demokratischen Republik Kongo, Südsudan, Sudan, Nigeria, Tschad, Kamerun, Mali, Burkina Faso, der Zentralafrikanischen Republik und Somalia. Insgesamt erreichen wir mit unserer Hilfe auf dem afrikanischen Kontinent mehrere hunderttausend Menschen.

Der Kontext, in dem diese humanitäre Arbeit geleistet wird, ist besonders herausfordernd. Infolge der laufenden be-

waffneten Auseinandersetzungen ist vielerorts die Sicherheit der Helfer bedroht. Neben den Zerstörungen durch Kriege leiden die betroffenen Regionen unter jahrzehntelanger Vernachlässigung durch die Zentralstaaten. Einerseits ist das Bildungssystem schwer beeinträchtigt, andererseits fliehen viele gut ausgebildete Fachkräfte verständlicherweise ins Ausland, weshalb es häufig an gut ausgebildetem Personal mangelt. Gewachsene soziale Strukturen erodieren nach Jahren und Jahrzehnten chaotischer Konflikte, die Gefahr für Korruption und Missbrauch ist besonders hoch.

© Philipp Spalek/ Caritas international

Zentralafrikanische Republik: Eine mobile Klinik der Caritas unterstützt Bürgerkriegsopfer – hier mit einem neuen Moskitonetz.

Ein weiteres Charakteristikum der Vertreibungskrisen in Afrika ist, dass die unterschiedlichen Problemlagen gleichzeitig auftreten. In der Provinz Kasai in der Demokratischen Republik Kongo arbeitet die Caritas beispielsweise zugleich mit Binnenvertriebenen infolge eines gewaltsamen Konflikts, mit aus Angola zurückgeschobenen Migranten oder Flüchtlingen und mit der aufnehmenden Gastbevölkerung.

Angesichts dieser Umstände bin ich bei meinen Projektbesuchen immer wieder in hohem Maße beindruckt, wie einheimische Kolleginnen und Kollegen vor Ort aushalten, Hilfe organisieren und Inseln funktionierender sozialer Grunddienste aufbauen.

Boko Haram terrorisiert die Tschadseeregion

Ein trauriges Beispiel für eine komplexe Vertreibungssituation ist die Tschadseeregion. Seit zehn Jahren tobt dort ein gewaltsamer Konflikt zwischen der Terrormiliz Boko Haram und ihren Nachfolgerbewegungen auf der einen Seite und den Zentralstaaten und dörflichen Selbstverteidigungsgruppen auf der anderen. Die Kämpfer der Miliz überfallen regelmäßig Dörfer, ermorden Kinder, Frauen und Männer und verschleppen Jugendliche, um sie als Kämpferinnen und Kämpfer oder für Selbstmordattentate einzusetzen. Die Überfälle und die staatlichen Vergeltungsaktionen haben in Nigeria und seinen Nachbarländern Kamerun, Niger und Tschad seitdem zehntausende Menschen das Leben gekostet und mindestens 2,5 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen.

Boko Haram bedeutet „westliche Zivilisation ist schändlich“. Die Bewegung war ursprünglich eine von mehreren radikalislamischen Sekten, die als Ausdruck sozialen Protests in den 1980er Jahren in Nordnigeria entstanden und die Korruption und die aus ihrer Sicht laxe religiöse Praxis der herrschenden Oberschicht kritisierten. Großen Zulauf erhielt sie von verarmten Kleinbauern, die ihr Land verloren hatten, weil sich in der Sahelregion die Wüste immer weiter ausbreitet. Boko Haram gewann auch Anhänger in der städtischen Unterschicht, die sich keine westlichen Schulen leisten konnten und ihre Kinder in Koranschulen schickten, die zunehmend von radikalen Predigern unterwandert wurden.

Vertriebene stranden in Städten

Als staatliche Ordnungskräfte die Bewegung mit Gewalt niederschlagen wollten und ihren Gründer töteten, ging Boko Haram in den Untergrund und begann mit Guerilla-Aktionen beispielloser Gewalt gegen Soldaten wie Zivilisten. Bauern und Fischer werden seither auf dem Feld oder beim Einholen des Fanges massakriert. Sie fliehen in Städte und landen in Slums und Lagern ohne Zugang zu bebaubarem Land. Maiduguri, die Hauptstadt der Provinz Borno in Nigeria, hat seit dem Ausbruch des Konflikts eine Verdoppelung ihrer Einwohnerzahl erlebt. Ähnliche Entwicklungen kann man im Norden Kameruns beobachten. Dort mussten rund hundert Schulen an der Grenze zu Nigeria wegen der Überfälle schließen, die kirchlichen Schulen im Landesinneren müssen die geflohenen Schüler in provisorischen Hütten auf dem Schulhof unterrichten. Frauen, deren Männer vor ihren Augen ermordet wurden oder die von Milizen verschleppt und zwangsverheiratet wurden und fliehen konnten, werden angesichts dieser traumatischen Erlebnisse nie wieder in ihr Heimatdorf zurückkehren. Sie kommen mit ihren Kindern ohne Geld und Berufsausbildung in den Städten der Region an und können sich ohne Unterstützung nicht mehr selbst versorgen.

Friedliche Alternativen

Die Caritasorganisationen in Nigeria, Kamerun und Tschad leisten mit Hilfe von Caritas international, dem Auswärtigen

Amt und privaten Spendern akute Nothilfe und mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Hilfe zur Selbsthilfe in den schwer betroffenen Regionen. Mit Geld für Nahrungsmittel, Unterstützung bei der Landwirtschaft oder in städtischen Kleinstbetrieben, Trauma-Arbeit mit vergewaltigten Frauen und Mädchen sowie Schulgeld, Büchern, Bänken und Schulräumen für vertriebene Kinder versuchen sie die akute Not von hunderttausenden Opfern des Konflikts zu lindern.

Neben der akuten Nothilfe ist auch Arbeit an den Wurzeln des Konflikts bitter nötig. Viele arbeitslose junge Männer werden von den Milizen angeworben. Gegen ein Handy oder ein Motorrad verdingen sie sich als Späher oder leisten Hilfsdienste, bis sie in die Rolle aktiver Kämpfer hineinrutschen. Hier bedarf es Initiativen der Berufsausbildung und Existenzgründung, um friedliche Alternativen für perspektivlose Jugendliche zu bieten. Auch muss der Vergiftung des sozialen Klimas entgegengewirkt werden. Das kirchliche Kukah Centre in Nigeria unterstützt gemäßigte islamische und christliche Religionsführer und Frauen und Männer des öffentlichen Lebens in ihren Bemühungen um interreligiösen Dialog und Verständigung.

Kamerun: Viele Kinder an dieser Schule in Koza sind durch den Terror von Boko Haram zu Binnenvertriebenen geworden. Die Caritas gibt ihnen eine Perspektive.

© Corrado Disegna/ Caritas international

Innovative Lösungsansätze

Eine andere Herausforderung ist der Zugang zu Land. Zwar gibt in den meisten unserer Projekte die aufnehmende Gastbevölkerung bereitwillig Land an die Neuankömmlinge ab und teilen vor längerer Zeit Vertriebene ihre knappe Hilfe mit frisch ankommenden Flüchtenden. Aber dort, wo Vertriebene auf Dauer siedeln, müssen sie mit den Einheimischen knappe Ressourcen teilen, und es müssen latente Konflikte geregelt werden. Hier braucht es innovative Lösungen. Die Caritas Goré im Süd-Tschad experimentiert mit quasi-legalen Pachtverträgen zwischen Einheimischen und aus der Zentralafrikanischen Republik Geflüchteten. Die von der Caritas bezeugten und schriftlich dokumentierten Landvergaben geben beiden Seiten Sicherheit in einem von Rechtsunsicherheit geprägten Umfeld. In einem von Caritas international organisierten Treffen der Partner aus Nigeria, Tschad und Kamerun stellte die Caritas Goré den Kolleginnen und Kollegen, die in der Tschadseeregion arbeiten, diesen Projektansatz vor, er stieß auf großes Interesse z. B. der Caritas in Nordostnigeria.

Im Zuge der internationalen Tschadseekonferenzen von Oslo (2017) und Berlin (2018) wurden von den Vereinten Nationen und den betroffenen Regierungen der Region Initiativen zur Bekämpfung der Konfliktursachen auf den Weg gebracht. Sie kranken aber daran, die lokale Zivilgesellschaft nur auf rhetorischer Ebene oder gar nicht einzubinden. Das ist sehr bedauerlich, denn einheimische Organisationen wie die Caritasverbände von Nigeria, Kamerun und Tschad arbeiten schon seit Jahrzehnten in der Region und kennen die Probleme und Lösungsansätze bestens.

Die oft unterstellte Gewöhnung an externe Hilfe kennen wir aus unserer Arbeit kaum. Die Menschen in den abgelegenen und von Konflikten erschütterten Regionen helfen sich in der Regel in beeindruckender Weise vor allem selbst.

VOLKER GERDESMEIER
ist Leiter des Afrika-Referats von Caritas international.

1 Zahlen nach IDMC: Africa Report on Internal Displacement 2019.
2 UNOCHA: CAR Humanitarian Needs Overview 2019.
3 Funke, C. and Dijkzeul, D. (2017) 'The Growing Pains and Growing Neglect of a Normative Framework: The Guiding Principles on Internal Displacement', Humanitäres Völkerrecht Informationsschriften, 3/4, pp. 91-101.

Mit Dialog **gegen Radikalisierung**

Im Norden Nigerias ist die gesamte Bevölkerung von der Gewalt der islamistischen Terrororganisation Boko Haram betroffen. In der Tschadregion sind mehrere Millionen Menschen auf der Flucht vor den gewalttätigen Milizen. Caritas international unterstützt Vertriebene, um ihnen eine reale Chance für eine friedliche Rückkehr nach der Flucht zu ermöglichen.
Ein wichtiger lokaler Partner von Caritas international in Nigeria ist das Kukah Centre – eine Mischung aus Begegnungsstätte und politischem Forschungsinstitut. Das Zentrum hat sich zum Ziel gesetzt, die Stimme der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und fördert den christlich-islamischen Dialog. Father Atta Bakindo leitet das Kukah Centre in der nigerianischen Hauptstadt Abuja.

Father Atta Bakindo, das Kukah Centre hat für die Studie "Through our eyes“ (Durch unsere Augen) viele Menschen nach ihrer Sicht auf den Friedensprozess befragt. Was waren die wichtigsten Ergebnisse?
ATTA BAKINDO: Dass sich die Opfer und die betroffenen Gemeinschaften zutiefst vernachlässigt fühlen. Die Reaktion der Regierung, insbesondere die Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme, wird als eine Strategie zur Belohnung der Täter wahrgenommen. Die Gemeinden sind aber nicht bereit, ehemalige Milizen wieder in ihre Mitte aufzunehmen.

Wie ist die Lage der schätzungsweise fast zwei Millionen Binnenvertriebenen in Nigeria?
BAKINDO: Die Situation ist zwar von Gemeinde zu Gemeinde und von einem Vertriebenenlager zum anderen unterschiedlich, aber es gibt einige gemeinsame Merkmale. So sind manche Vertriebenenlager zu Stätten für weitere Rekrutierungen geworden. Sexuelle Gewalt hat allgemein zugenommen, Sex wird als Gegenleistung für Hilfsgüter eingesetzt, und das Vertrauen in staatliche Institutionen geht vollständig verloren. Die Grundbedürfnisse werden kaum befriedigt, und einige Binnenvertriebene kehren offenbar in die terroristischen Enklaven zurück, weil sie glauben, dass es dort Sicherheit und Nahrung gibt.

Die Tschadseeregion wurde von den Regierungen der Anrainerstaaten jahrzehntelang vernachlässigt – so lautet ein weit verbreiteter Vorwurf. War das mit ein Grund dafür, dass islamistische Strömungen hier auf fruchtbaren Boden fielen?
BAKINDO: Bis zu einem gewissen Grad ja. Der See war immer eine bedeutende Einkommensquelle. Millionen junger Menschen, die keinen Zugang zu westlicher Bildung hatten, sind vom See abhängig. Der See schrumpft jedoch schnell, die Umwelt wird aggressiv geschädigt und ökologische Ressourcen gehen verloren. Die Korruption und die Vernachlässigung der Region durch die Regierungen boten den Islamisten die Gelegenheit, eine andere politische Ideologie auf Grundlage islamischer Narrative zu präsentieren. Sie riefen auf zur Rückkehr zu einer ursprünglichen Form des Islam, um die lokalen Ressourcen zurückzugewinnen. Viele junge Männer folgten diesem Aufruf. Doch auch der Mangel an Möglichkeiten und wirtschaftlichen Ressourcen führte dazu, dass die Kultur des Terrorismus, der Entführungen, der Lösegeldverhandlungen, des illegalen Handels und des Verkaufs von Drogen alltäglich wurde.

Mit Unterstützung von Caritas international bildete das Kukah Centre christliche und muslimische Führer aus, um religiösem Extremismus aktiv entgegenzuwirken. Warum sind religiöse Führungspersonen die richtige Zielgruppe?
BAKINDO: Es gibt über Boko Haram hinaus intolerante und extremistische Ansichten, die in lokalen Gemeinschaften in ganz Nordnigeria vertreten sind. Es sind die Jugendlichen

© Kukah Centre

Beitrag zum Frieden – das Kukah Centre fördert den interreligiösen Dialog.

© Kukah Centre

Geistliche Führer und Gemeindevorsteher werden geschult, extremistische Tendenzen zu erkennen und ihnen aktiv entgegenzutreten.

in diesen lokalen Gemeinden, denen täglich extremistische Narrative beigebracht werden und die zum Kanonenfutter für Boko Haram werden. Deshalb müssen wir die lokalen Gemeinden in den Kampf gegen gewalttätigen Extremismus einbeziehen, aber auch gewährleisten, dass wir nicht nur auf Boko Haram fixiert sind, sondern dass wir uns auch auf Gemeindeebene mit dem Thema auseinandersetzen.

Inzwischen hat sich Boko Haram in zwei Fraktionen gespalten, unter deren Herrschaft die Bevölkerung leidet. Doch auch die brutale Strategie der Aufstandsbekämpfung des nigerianischen Staates wirkt sich auf die humanitäre Situation aus.

BAKINDO: Wir müssen anerkennen, dass sowohl die Spaltung von Boko Haram als auch die Sicherheitsstrategie der Regierung zu einer schwierigen humanitären Situation geführt haben. Die Spaltung hat das Ausmaß der Gräueltaten an der Zivilbevölkerung erhöht und zu Vertreibungen, Tod und Zerstörung geführt. Seit 2009 der gewalttätige Aufstand begann, bestand die Sicherheitsstrategie der nigerianischen Regierung stets in einer militärischen Offensive als erste Option und nicht als letztes Mittel. Die Sicherheitspolitik der Regierung, insbesondere bei der Einrichtung von Garnisonsstädten und riesigen Lagern, hat dazu geführt, dass Millionen Menschen ohne ausreichend Hilfe in diesen Lagern ausharren müssen.

Das Kukah Centre beklagt, dass wichtige Empfehlungen von Untersuchungskommissionen, die zur Lösung der Krise beitragen sollten, nicht beachtet oder nicht zufriedenstellend umgesetzt wurden.

BAKINDO: Man hat nicht berücksichtigt, wie viel die betroffenen Gemeinden und die Opfer, insbesondere Frauen und Kinder, in den letzten zehn Jahren gelitten haben. Einige haben miterlebt, wie Eltern, Ehemänner, Mütter, Ehefrauen und Kinder vor ihren Augen abgeschlachtet wurden. Andere haben schrecklichste Formen von sexuellem Missbrauch und Sklaverei erlitten. Diese Menschen in den lokalen Gemeinschaften leben mit den Erinnerungen an diese Gräueltaten. Doch der nigerianische Staat hat beschlossen, weiterzumachen, als ob nichts geschehen wäre. Die traumatisierenden Erinnerungen der Opfer wurden nicht geheilt und man hat sich ihrer auch nicht angenommen. Es ist daher notwendig, Plattformen zu schaffen, auf denen die Wahrheit über das, was geschah, erzählt wird und auf denen Versöhnung und Vergebung geschehen können. Geschieht das nicht, werden sich meiner Meinung nach immer einige Menschen an Einzelpersonen, Institutionen oder dem Staat selbst rächen wollen. Deshalb engagiert sich das Kukah Centre für diese Art des Dialogs.

FATHER ATTA BAKINDO
vom Kukah Centre in Abuja, Nigeria.

Die DMI-Schwestern haben immer ein offenes Ohr für Ängste und Sorgen der Menschen im Camp.

„Kirchliche Organisationen **bleiben lange vor Ort“**

Im Südsudan wurde 2018 ein Friedensabkommen unterzeichnet. Dennoch bleibt die Sicherheitslage prekär. In Folge des Bürgerkrieges leben mehr als 1,8 Millionen Binnenvertriebene im Land. Für sie Hilfe zu organisieren, stellt Organisationen vor große Herausforderungen. Eine mögliche Rückkehr und Reintegration der Vertriebenen in ihre Ursprungsgemeinden muss stets mit in den Blick genommen werden. Caritas international unterstützt im Südsudan die Arbeit der indischen Schwesternkongregation Daughters of Mary Immaculate (DMI).
Prof. Dennis Dijkzeul von der Ruhr-Universität Bochum hat ihre Hilfen analysiert.

Herr Dijkzeul, Sie haben sich – auch in Kooperation mit Caritas international – mit der Situation von Binnenvertriebenen im Südsudan beschäftigt. Was können Sie uns über ihre Situation sagen?

DENNIS DIJKZEUL: Die ist leider sehr schlecht. Wenn man die Lage der Binnenvertriebenen im Südsudan vergleicht mit der Lage der südsudanesischen Flüchtlinge im Norden von Uganda, dann geht es den Flüchtlingen in Uganda wesentlich besser. Obwohl auch diese Menschen noch immer ein schwieriges Leben haben. Die Binnenflüchtlinge leben in Camps, ohne Zugang zu Land. Das heißt, sie sind vollkommen von externer Hilfe abhängig. Es gibt oft Hunger, es gibt keine Arbeit. Viele wissen nicht, wo ihre Familien sind. Außerdem erleben sie in ihrem Alltag viel Gewalt. Zum Beispiel werden Frauen ermordet, während sie außerhalb der Camps nach Brennholz suchen.

Vorrangig ging es bei ihrer Studie um Ernährungssicherheit. Herausgekommen ist aber viel mehr.

DIJKZEUL: Natürlich habe ich mit den Leuten zunächst darüber geredet, wie sie sich im Moment ernähren. Wie viele Mahlzeiten sie pro Tag zubereiten können, welche Zutaten und Mengen ihnen dafür zur Verfügung stehen. Aber am Ende redet man auch darüber, was sie über die Politik denken, wie sie versuchen, sich am Leben zu halten.

Sie haben dabei die Arbeit unserer Partnerorganisation, der Schwesternkongregation Daughters of Mary Immaculate (DMI), kennen gelernt. Wie war Ihr Eindruck?

DIJKZEUL: Ich schaue mir viele humanitäre Organisationen an. Häufig erlebe ich, dass bei ihnen das Personal oft wechselt. Dagegen habe ich bei den DMI-Schwestern eine große Kontinuität erlebt. Das gilt allgemein öfter für kirchliche Organisationen: Sie sind vor Ort, und sie bleiben auch ganz lange da. Diese Kontinuität hat meiner Ansicht nach langfristig sehr positive Wirkungen. Hinzu kommt: Die DMI-Schwestern führen ein sehr bescheidenes, selbstloses Leben. Hinter ihrer Hilfe steckt das Gebot der Nächstenliebe. Ich gebe zu, ich war früher skeptischer gegenüber kirchlichen Organisationen. Meine Erfahrung mit Caritas international im Südsudan und im Norden Ugandas ist, dass sie sehr offen sind gegenüber anderen Religionen oder lokalen Traditionen. Wenn sie lokal gut verwurzelt sind, sehe ich inzwischen deshalb längerfristig viele Vorteile für die Zusammenarbeit.

Sie warnen, dass Hilfe für Binnenvertriebene immer Gefahr läuft, von einer Konfliktpartei instrumentalisiert zu werden. Wie sollten Hilfsorganisationen mit diesem Dilemma umgehen?

DIJKZEUL: Das Wichtigste ist, dass Helfende sich dieser Gefahr immer bewusst sind. Gerade in akuten Notsituationen ist es wichtig, dass man weiter daran arbeitet, dass alle Seiten die Hilfsorganisation und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter akzeptieren. Sowohl die Zielgruppe, etwa die Binnenflüchtlinge, aber auch die verschiedenen Konfliktparteien. Und das gelingt nur, wenn ich meine unabhängige neutrale Position in allem, was ich tue, glaubhaft vertrete. Helfende, die eine sehr hohe Akzeptanz bei der lokalen Bevölkerung haben, sind auch selbst viel besser geschützt. Bei den Partnern der Caritas funktioniert das relativ gut, weil die Mitarbeitenden in der lokalen Bevölkerung gut vernetzt sind.

Solange der Konflikt im Südsudan anhält, erscheint die Perspektive für die Vertriebenen ziemlich aussichtslos. Gibt es dennoch Hilfsansätze, die Sie hoffnungsvoll stimmen?

DIJKZEUL: Ganz konkret ist das im Südsudan ein Stück Land, auf dem die DMI-Schwestern Trainings im Landbau anbieten und wo jetzt IDPs auch selbst etwas anbauen können. Auch bietet DMI jetzt Ausbildungen zum Lehrer oder Friseur an. Für Menschen, die nichts tun können, außer auf Hilfe zu warten, sind das wichtige Verbesserungen. Was mich außerdem immer wieder sehr hoffungsvoll werden lässt, sind die Initiativen, die aus eigener Kraft entstehen, obwohl die Menschen wirklich in einer sehr schwierigen Lage sind. In Juba gibt es zum Beispiel eine Fraueninitiative, die sich dafür einsetzt, dass Frauen besser lesen und schreiben lernen. Sie entwickeln auch wirtschaftliche Aktivitäten. In einer anderen Frauengruppe unterstützen sich gegenseitig Frauen, die vergewaltigt wurden oder andere Formen von Gewalt erfahren haben.

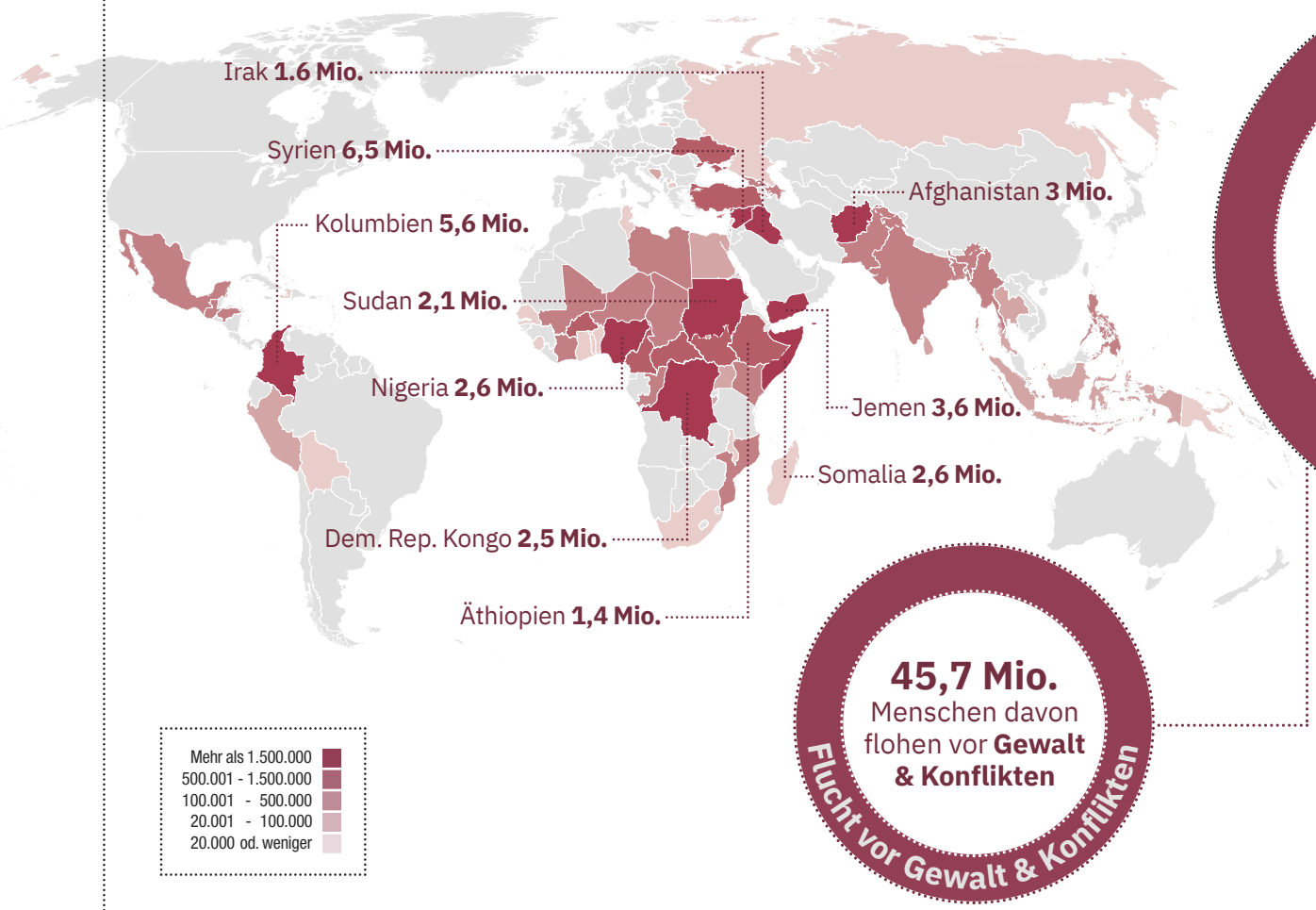
Caritas international profitiert von der Kooperation mit dem Lehrstuhl für Humanitäre Hilfe. Wer mehr versteht, so das Credo, kann auch besser helfen. Wie ist das umgekehrt – was nehmen Sie aus diesen Praxiseinsätzen mit?

DIJKZEUL: Ich profitiere enorm von den Begegnungen und Gesprächen vor Ort und empfinde auch eine große Dankbarkeit für die Menschen und die Mitarbeitenden der Organisationen. Bei Caritas öffnen sich viele Leute einer wissenschaftlichen Begleitung, um Erkenntnisse zu gewinnen, die eben eine intensivere Beschäftigung brauchen und die im schnellen, sich stetig wandelnden Krisenmanagement oft untergehen. So entsteht ein gemeinsames Suchen und Nachdenken darüber, was wir verstehen und was nicht. Eine solche Zusammenarbeit ist für beide Seiten sehr befruchtend.

DENNIS DIJKZEUL
ist Professor für Organisations- und Konfliktforschung an der Ruhr-Universität Bochum.

Binnenvertreib

Ein Großteil der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, sind Vertriebene im eigener



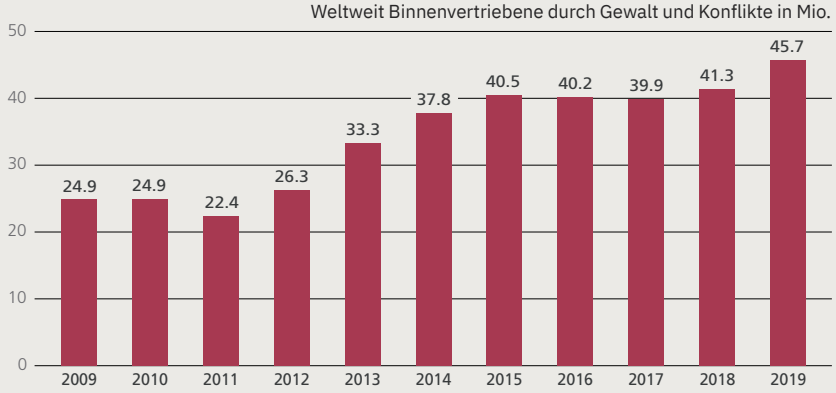
Ende
waren in
50,8 Mi
Binnenve
auf der F
eigene

45,7 Mio.
Menschen davon
flohen vor **Gewalt**
& Konflikten

Flucht vor Gewalt & Konflikten

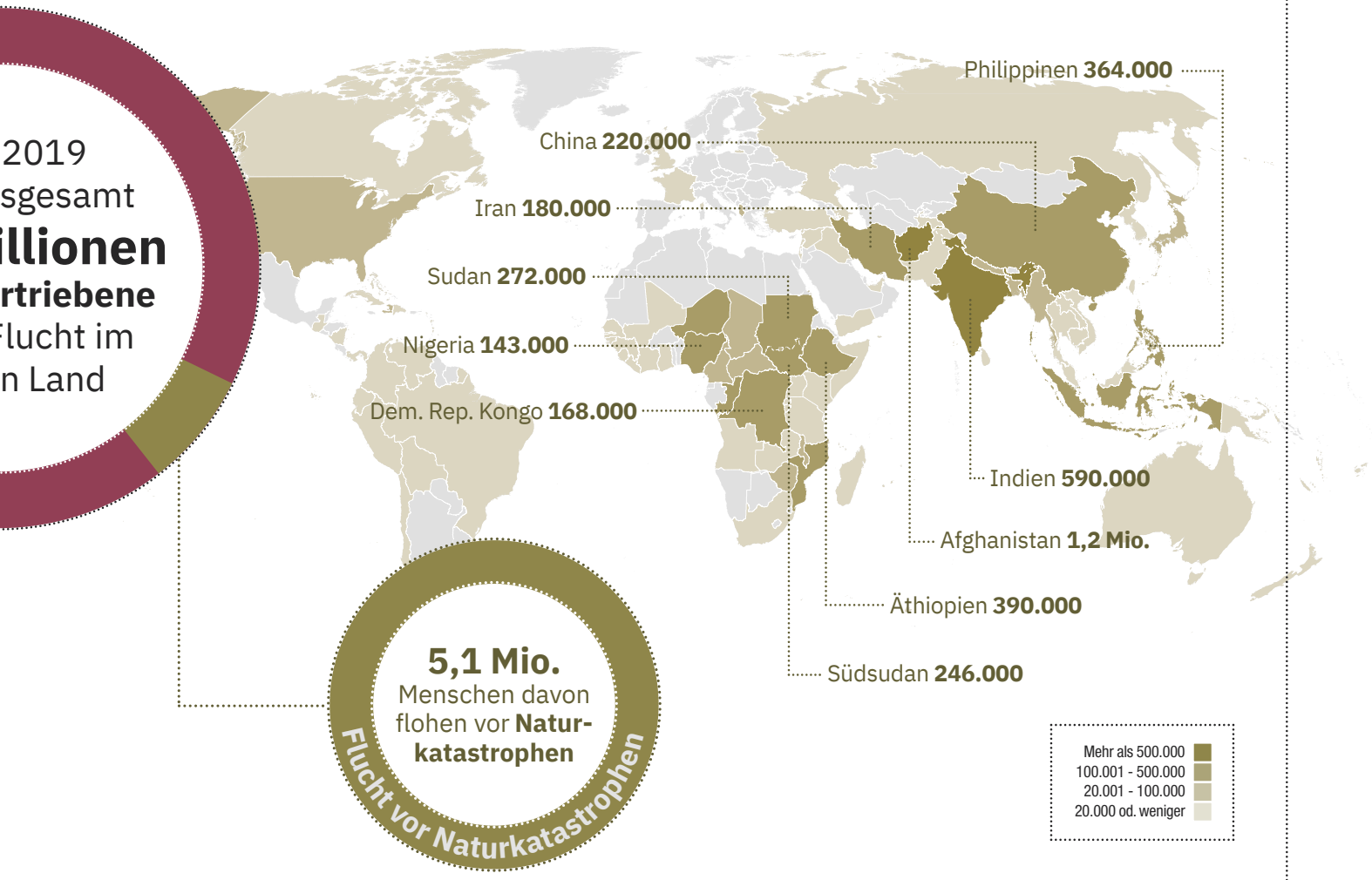
Vertreibungen durch Konflikte

Die Zahl der Menschen, die weltweit aufgrund von Gewaltkonflikten nicht in ihre Heimat zurückkehren können, wächst seit Jahren kontinuierlich. Während Menschen, die vor Naturkatastrophen fliehen, häufig schneller wieder in ihre Heimat zurückkehren, hält die Vertreibungssituation aufgrund von Gewaltkonflikten immer länger an.



pung **weltweit**

n Land. Ihr Schicksal wird häufig vergessen, der Schutzstatus als Flüchtling bleibt ihnen verwehrt.



© Alle Daten und Grafiken sind dem Global Report on internal Displacement 2020 des IDMC (Internal Displacement Monitoring Centre) entnommen.

Problematische Datenlage

Die Datenlage zu Binnenvertriebenen ist lückenhaft und unbefriedigend. Menschen fliehen vor Lebensumständen, die sich durch Gewalt, Katastrophen, Armut und Perspektivlosigkeit auszeichnen. Oftmals lassen sich die Ursachen nicht klar voneinander abgrenzen. Es gibt keine standardisierten Erhebungsmethoden und auch keine klare Definition, wann eine Vertreibung beendet ist. Oftmals tauchen Vertriebene in Erhebungen nicht auf, da eine klare Abgrenzung zur ansässigen Bevölkerung fehlt. Dies trifft besonders zu, wenn die Menschen – sowohl angestammte als auch IDPs – in Armut und unter prekären Bedingungen leben. Auch hängt die Definition eines Binnenvertriebenen von der jeweiligen nationalen Auslegung ab: In manchen Ländern gelten die Kinder von Binnenvertriebenen auch noch als Vertriebene, in anderen Ländern nicht. Nicht zuletzt haben Nationalstaaten oftmals kein Interesse daran, die Zahlen der Vertriebenen im eigenen Land offen zu legen und wahrheitsgetreu zu kommunizieren. Da Binnenvertriebene auf Probleme im eigenen Land schließen lassen (Gewalt, Konflikte, Menschenrechtsverletzungen), werden Zahlen aus politischen Gründen geschönt, um beispielsweise zu suggerieren, dass ein Konfliktgeschehen abnimmt. Andersherum kommt es vor, dass Zahlen höher angegeben werden, um beispielsweise Humanitäre Hilfe einzufordern.

Zukunftstraum trotz Terror

Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram hat allein in Nordkamerun mehr als 300.000 Menschen zur Flucht gezwungen. Ein Großteil von ihnen sind Binnenvertriebene, die aus den Grenzgebieten zu Nigeria in Richtung Osten geflohen sind. Viele Vertriebene haben Schlimmes erlebt. Frauen und Mädchen sind besonders betroffen. Sie wurden vielfach als Geiseln gehalten und haben sexuelle und psychische Gewalt erlebt. Dort, wo die Vertriebenen ankommen, gibt es häufig nicht genug Wohnungen, Arbeitsmöglichkeiten, Plätze in Schulen und Krankenhäusern, weshalb die lokale Bevölkerung den Vertriebenen feindselig gegenübersteht. Die kamerunische Organisation *Aldepa* hilft Frauen und Mädchen, ihre traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten und neuen Lebensmut zu schöpfen. Die Gründerin und Leiterin von *Aldepa*, Marthe Wandou, berichtet, was das für ihr Leben bedeutet.

Frau Wandou, Sie haben zahllose Gespräche mit Frauen geführt, die in Flüchtlings-Camps untergebracht sind. Was erzählen Ihnen diese Frauen über ihre Erfahrungen?
MARTHE WANDOU: Sie alle haben nach brutalen Angriffen oder Drohungen von Boko Haram ihre Dörfer verlassen. Einige mussten miterleben, wie ihre Kinder oder Ehepartner vor ihren Augen getötet wurden, andere wurden bei diesen Angriffen gewaltsam von ihren Kindern oder anderen Familienmitgliedern getrennt, die sie danach nie wieder gesehen haben. Einige Frauen sind allein oder zusammen mit ihren Töchtern vergewaltigt worden. Manche wurden von Boko-Haram-Kämpfern verschleppt und innerhalb kurzer Zeit unter Gewaltandrohung mit fremden Männern verheiratet.

Wie wirken sich diese traumatischen Erfahrungen auf die aktuelle Situation der Frauen und Mädchen aus?
WANDOU: Einige sind sowohl ihren Kindern als auch anderen Verwandten gegenüber aggressiv. Sie sagen, dass sie zu allem bereit sind, denn es gibt kein größeres Leid als das, was sie erlebt haben. Sie fühlen sich abgelehnt und minderwertig. Andere brechen innerlich zusammen, sprechen nicht viel und haben das Gefühl, keine Würde mehr im Leben zu haben. Einige sind ständig traurig und wünschen sich den Tod, haben ihre Lust am Leben verloren und bringen daher weder den Mut noch die Bereitschaft auf, irgendetwas zu unternehmen.

© Corrado Disegna/Caritas international

Endlich in Sicherheit – die Mitarbeiterinnen von *Aldepa* empfangen Neuankömmlinge.

Aber anstatt dass sie Unterstützung bekommen, werden sie von ihrem Umfeld stigmatisiert und manchmal sogar von ihrer eigenen Familie verstoßen. Wie lässt sich das erklären?
WANDOU: Oft werden Frauen und Mädchen auch noch nach ihrer Befreiung als Komplizinnen oder Spioninnen von Boko Haram betrachtet. Die Menschen glauben, dass sie noch Kontakt zu den Kämpfern haben und dass diese eines Tages kommen werden, um ihre Gemeinde anzugreifen. Es ist vorgekommen, dass die Ehepartner oder Kinder der Frauen, die als Geiseln bei Boko Haram waren, ihre eigenen Dörfer angriffen

und von den Bewohnern erkannt wurden. Das alles macht es den Menschen nicht leicht, die Frauen wieder in ihre Familien aufzunehmen, auch wenn sie wirklich unschuldig sind. Um in ihren neuen Gemeinschaften über die Runden zu kommen und respektiert zu werden, sind die Frauen deshalb oft gezwungen, den Erstbesten zu heiraten.

Welche Art von Hilfe leistet Aldepa?

WANDOU: In erster Linie leisten wir psychologische Unterstützung für Opfer von Gewalt. Aber da wir wissen, dass diese Gewalt auch Ursachen in unserer Gesellschaft hat, ist es uns wichtig, Mädchen und junge Frauen generell auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen und ihnen zu mehr wirtschaftlicher Selbstbestimmung zu verhelfen. Wir beraten sie, bieten Workshops an und suchen auch immer wieder das Gespräch mit den staatlichen Stellen, die dafür verantwortlich sind, dass Mädchen und Frauen bessere Bildungschancen bekommen.

Sie haben selbst erlebt, wie Klassenkameradinnen im Alter von elf Jahren die Schule verlassen mussten, weil sie verheiratet wurden. Ihr Vater musste sich immer wieder dafür rechtfertigen, dass er die Bildung seiner Töchter unterstützte. Was ist Ihrer Erfahrung nach der beste Weg, dieser anhaltenden Benachteiligung von Frauen und Mädchen entgegenzuwirken?

WANDOU: Das wichtigste ist, die Eltern zu sensibilisieren. Insbesondere den Männern, die normalerweise die Entscheidungen in der Familie treffen, muss klar gemacht werden, welch weitreichenden Folgen es auf das Leben ihrer Töchter hat, wenn sie die Schule früh verlassen und heiraten sollen. Wir müssen traditionelle und religiöse Führungspersonen mit einbeziehen, wenn wir die Eltern sensibilisieren. Außerdem muss mehr in die Schulbildung von Mädchen investiert werden, die Kosten für Schule und Ausbildung müssen übernommen werden. Gleichzeitig wollen wir das Selbstvertrauen der Mädchen, die Selbstachtung und der Unternehmergeist junger Frauen stärken. Die Mädchen sollen dazu ermutigt werden, sich zu äußern, und sie müssen die Chance bekommen, dass man ihnen zuhört und sie ernst nimmt.

Sie fordern, dass der psychologischen Unterstützung in Notsituationen dringend mehr Priorität eingeräumt werden muss. Warum?

WANDOU: Weil der Schaden, den traumatische Erlebnisse während eines Konflikts anrichten, mindestens so groß ist wie das vorübergehende Fehlen der Grundversorgung. Manchmal sogar größer. Eine traumatisierte Person ist immer geschwächt. Sie wird sich trotz der verfügbaren Hilfen zum Überleben nicht wohl fühlen, wenn es nicht gelingt, sie auch psychologisch zu betreuen.

© Corrado Disegna/Caritas international

Mit Workshops trägt *Aldepa* zur Ausbildung von Mädchen und Frauen bei.

Sie haben Aldepa vor mehr als 15 Jahren gegründet und arbeiten seither mit traumatisierten Frauen und Mädchen. Auf welchen Erfolg sind Sie besonders stolz?

WANDOU: Elia, eines der Mädchen, die mit 13 Jahren nach Nigeria verschleppt wurden, hat mit unserer Hilfe nach ihrer Flucht zunächst eine Schule besucht und dann eine dreijährige Ausbildung gemacht. Sie war schwer traumatisiert und wurde die ganze Zeit über auch psychologisch betreut. Heute hat sie zusammen mit anderen Gewaltopfern eine Werkstatt in Maroua, der Hauptstadt der nördlichsten Region Kameruns. Sie spricht Französisch, Fufulde, Haoussa und Mafa, ihre Muttersprache, und wurde zur Präsidentin ihrer Vereinigung *Chic Rêve d'Avenir*, zu Deutsch „schicker Zukunftstraum", gewählt. Sie besucht regelmäßig ihre Familie, die nach wie vor im Lager für Vertriebene lebt, aber sie ist autonom und stolz auf sich selbst. Und sie ist immer bereit, über ihre Geschichte zu sprechen, über die sie anfangs nur geweint hat. Sie ist zu einer wichtigen Stütze und einem Vorbild für andere traumatisierte Opfer von Boko Haram geworden.

MARTHE WANDOU
leitet die Frauenhilfeorganisation *Aldepa* in Kamerun

Viele Binnenvertriebene leben in ärmlichen informellen Siedlungen rund um die Hauptstadt Kabul.

© Sibylle Mani/Caritas international

Schmelztiegel **Kabul**

Afghanistan ist ein Land im Dauerkrisenmodus. Als Folge des langen kriegerischen Konflikts sind heute mehr als drei Millionen Menschen vertrieben. Länderreferentin Vera Jeschke berichtet über die Caritasarbeit in einem Land, in dem „Heimat“ ein Privileg für nur wenige Menschen ist.

VON VERA JESCHKE

Als ich gefragt wurde, ob ich als Länderreferentin für Humanitäre Hilfe die Koordination der Projekte in Afghanistan übernehmen möchte, habe ich etwas gezögert. Afghanistan ist aufgrund der anhaltend prekären Sicherheitslage und den enormen Herausforderungen, vor denen die Humanitäre Hilfe in diesem Land steht, kein Land, um das die Kolleg*innen einen beneiden. Aber als Islamwissenschaftlerin mit Arabisch- und zumindest bescheidenen Persischkenntnissen fühlte ich mich gut gewappnet. Seit Oktober 2019 bin ich nun Referentin für Afghanistan, seither war ich zweimal auf Projektbesuch vor Ort.

Das Engagement von Caritas international in Afghanistan ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Normalerweise arbeiten wir in unseren Projektländern mit der Ortskirche und ihrer Caritas als erster Anlaufstelle zusammen. Aber weil es diese im Land am Hindukusch nicht gibt, haben wir über die Jahrzehnte – in denen wir während verschiedener Krisen Humanitäre Hilfe leisteten – selbst ein Landesbüro eingerichtet. Das erlaubt uns, nahe an unseren lokalen Projektpartnern und der Realität vor Ort zu sein. Die Projekte decken eine große Bandbreite der Nothilfe ab, von Nahrungsmittelhilfen über die Arbeit in Frauengruppen bis zur Trinkwasserversorgung. Eines der großen alltäglichen Probleme der Menschen ist nämlich der mangelnde Zugang zu Trinkwasser. Also bohren oder graben wir Tiefbrunnen, legen Zisternen an und bauen Rohrsysteme sowie Solaranlagen, mit denen das Grundwasser an höher gelegene Orte gepumpt und dann an dezentrale Wasserhähne im Dorf verteilt wird. Die Erdarbeiten erbringen die Dorfgemeinschaften oft in Eigenleistung. Für diese körperlichen Arbeiten zum Wohle der Gemeinschaft erhalten die Menschen einen bescheidenen Lohn.

Vertreibung gehört zum Alltag

Einen großen Bedarf gibt es auch an psychosozialer Unterstützung für alle Altersgruppen. Vor meiner ersten Reise gab mir meine Referatsleiterin noch mit auf den Weg: „Denk daran, dass im Prinzip alle, mit denen du zu tun hast, in irgend einer Art und Weise traumatisiert sind! Sie haben vielleicht noch nie in Frieden gelebt, wurden vertrieben oder sind geflüchtet, haben nahe Angehörige verloren und sind Zeugen oder Opfer von Gewalt geworden.“

Dies zeigt sich auch bei der Planung der Hilfe für Vertriebene und Flüchtlinge. Afghanistan ist mit einer der schwersten

internen Vertreibungskrisen der Welt konfrontiert. Die afghanische Regierung ringt mit den Taliban und einer Vielzahl bewaffneter krimineller Gruppen um die Vorherrschaft und kontrolliert schon lange nur noch einzelne Teile des Landes. Aufgrund dieser Gewaltkonflikte kam es allein im Jahr 2019 in Afghanistan laut IDMC zu 461.000 neuen Vertreibungen. Neben den wiederkehrenden Gewaltkonflikten führen aber auch Naturkatastrophen, vorwiegend Dürren und Überschwemmungen, dazu, dass viele Menschen ihren Wohnort verlassen müssen. Vertreibung ist für viele Afghaninnen und Afghanen deshalb ein unvermeidlicher Teil ihres Lebens geworden, in einigen Fällen über zwei Generationen hinweg. Diese ohnehin sehr schwierige Situation wird durch weit verbreitete Arbeitslosigkeit, Armut, Landlosigkeit und fehlende Grundversorgung noch verkompliziert.

Die Hauptstadt Kabul fungiert dabei als Schmelztiegel. Hierher strömen Menschen aus dem ganzen Land, wenn an ihrem bisherigen Wohnort erneut die Gewalt eskaliert oder ihr Überleben durch Dürre oder Überschwemmung gefährdet ist. Bei meinem zweiten Projektbesuch, den ich aufgrund des Covid-19-Ausbruchs vorzeitig abbrechen musste, kamen außerdem gerade Tausende Rückkehrer aus dem Iran in Kabul an, weil im Iran die Infektionszahlen in die Höhe geschossen waren. Viele Afghanen arbeiten im Nachbarland für einen Hungerlohn als einfache Hilfsarbeiter. Aufgrund der Corona-Beschränkungen waren sie von einem Tag auf den anderen arbeitslos geworden. Sind sie rückkehrende Arbeitsmigranten? Zurückgeschobene Flüchtlinge? Viele von ihnen waren, bevor sie die Landesgrenze zum Iran überquert haben, bereits Vertriebene, also Binnenflüchtlinge im eigenen Land.

Das Schlimmste verhindern: Ein Caritas-Mitarbeiter klärt über die Corona-Pandemie auf.

© Stefanie Glinski/CRS

Überleben von Tag zu Tag

Neuankömmlinge ohne Einkommen oder Perspektive stranden in Kabul oft in einem der zahlreichen informellen Lager ohne Basisinfrastruktur. Was das heißt, erahne ich, als ich einen Vormittag lang in einem solchen Lager am Stadtrand durch Schlamm wate, weil es geregnet hat und alles aufgeweicht ist – und dazwischen steht Kloake und spielen die Kinder. An einem aus dem Erdboden ragenden Rohr stehen Menschen an, um Wasser zu holen. Für mich sieht das eher nach einem Rohrbruch aus als nach einer Wasserstelle. Als ich ein halbes Jahr zuvor ein ähnliches Lager besuchte, war alles staubtrocken, die Sonne brannte unbarmherzig, kein Baum spendete Schatten. Im Winter hingegen, so erzählen mir die Kollegen, brechen die Dächer der improvisierten Hütten und baufälligen Häuser manchmal unter der Schneelast zusammen.

Die Menschen in diesen Lagern versuchen, von Tag zu Tag zu überleben. Irgendetwas zu Geld machen – die eigene Arbeitskraft, den eigenen Körper. Oder sich etwas beschaffen, egal auf welche Weise. Seit einiger Zeit ist die Kleinkriminalität in Kabul extrem auf dem Vormarsch. Oder sich mit Drogen zudröhnen, damit man das alles ertragen kann. Dafür werden sogar Nieren verkauft oder Kinder mit Drogen gefügig gemacht, um für ihre Eltern anschaffen zu gehen.

Mit unseren Mitteln können wir diesen grausamen strukturellen Kreislauf des Elends nicht grundlegend durchbrechen. Aber unsere Hebammen und Sozialarbeiterinnen können den werdenden Müttern und den Familien mit Rat und Tat zur Seite stehen, und unsere Psychotherapeuten helfen, Konflikte zu lösen und häusliche Gewalt zu mindern. Und wenn wir es schaffen, dass die Menschen zumindest wieder ein Licht am Ende des Tunnels sehen, dann hat sich im Leben dieser Menschen etwas zum Guten verändert. Trotz Corona und Taliban – ich freue mich jetzt schon auf meinen nächsten Besuch in Afghanistan. Auf außergewöhnliche Begegnungen mit Menschen, die auf unsere Solidarität hoffen, und auf manche Tasse grünen Tee.

VERA JESCHKE
ist Afghanistan-Referentin bei Caritas international.

Wenn die Kindheit **einfach ausfällt**

An ein „normales Leben“ ist in Syrien noch nicht zu denken. Vor allem Kinder leiden unter der schwierigen Situation nach dem Krieg. Die Caritas macht ihnen Angebote, mit denen sie ihr Erlebtes verarbeiten und den Neuanfang in der Schule schaffen können. Angela Gärtner, Syrien-Referentin bei Caritas international, erklärt, wie die Hilfen wirken.

Als 2018 zahlreiche Familien aus Ost-Ghuta vertrieben wurden, stand Caritas Syrien ihnen sofort bei.

Die Situation syrischer Flüchtlinge im Libanon oder in der Türkei ist alles andere als gut. Trotzdem sagen Sie, Frau Gärtner, die Lage der dortigen Flüchtlinge sei besser als die der sechs Millionen Binnenvertriebenen (IDPs) innerhalb Syriens. Warum?

ANGELA GÄRTNER: Wenn Menschen in einem anderen Land Zuflucht suchen, werden sie zu Flüchtlingen und unterliegen der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese legt fest, dass Flüchtlingen ein Aufenthaltsstatus sowie Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen gewährt werden soll. Diese entscheidenden Rechte bleiben Binnenvertriebenen selbst in der Konvention verwehrt. In Syrien sind wir mittlerweile im zehnten Kriegsjahr. Viele Familien mussten aufgrund sich verschiebender Kriegsfronten bereits mehrfach fliehen. Ein festes Zuhause haben sie oft seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Die jüngeren Kinder haben nie feste, verlässliche Strukturen erlebt. Zudem haben sich mit der Covid-19-Pandemie die Lebensbedingungen der syrischen Bevölkerung und insbesondere der Binnenvertriebenen nochmal drastisch verschlechtert. Vielen IDPs ist jede Möglichkeit weggebrochen, als Tagelöhner oder Saisonkräfte Geld zu verdienen. Die damit verbundenen enormen psychischen Belastungen für die ganze Familie sind kaum vorstellbar.

Wie hilft die Caritas Binnenvertriebenen in Syrien?

GÄRTNER: Die Arbeit der Caritas konzentriert sich seit Jahren auf Nothilfe: Versorgung der Vertriebenen mit Nahrungsmitteln, Haushaltswaren, Brennstoff für den Winter, warmer Winterkleidung, winterfesten Unterkünften sowie medizinischen Hilfen. Auch wenn inzwischen nur noch in wenigen Gebieten gekämpft wird, ist es für die meisten IDPs nicht möglich, an ihren Heimatort zurückzukehren. Die Zerstörungen in den ehemaligen Kampfgebieten sind so enorm und es gibt bisher nur marginale Wiederaufbaumaßnahmen. Außerdem sind die politischen Rahmenbedingungen bisher nicht so, dass eine sichere Rückkehr möglich wäre. Ergänzt wird die akute Nothilfe der Caritas durch psychosoziale Angebote für besonders Betroffene – hierzu zählen insbesondere Kinder, jugendliche Mädchen, Frauen und Senioren.

Hilfe für IDPs zu organisieren ist auch deshalb schwer, weil Hilfsorganisationen oft gar keinen Zugang zu ihnen haben. Wie ist das in Syrien?

GÄRTNER: Auch in Syrien ist der Zugang ein großes Thema, insbesondere bei den Gebieten, in denen noch gekämpft wird. Im Sommer 2020 wurde eine UN-Resolution verabschiedet, die die Grenzübergänge im Norden Syriens eingeschränkt hat und somit die Versorgung der Menschen dort extrem erschwert. Die Diskussion innerhalb der Vereinten Nationen und schließlich auch die verabschiedete Resolution haben deutlich ge-

© Sandra Awad/Caritas international

macht, dass die Konfliktparteien die Humanitäre Hilfe instrumentalisieren. Unser Hauptpartner in Syrien ist die Caritas Syrien. Sie arbeitet in den vom Assad-Regime kontrollierten Gebieten. Die Projektstandorte sind für die Caritas Syrien zugänglich und wir als Caritas international können vor Ort die Einhaltung der humanitären Prinzipien bei den Aktivitäten kontrollieren.

Inzwischen bietet die Caritas neben der klassischen Nothilfe verstärkt auch psychosoziale Hilfen an. Können Menschen, die Hunger haben, diese Hilfe überhaupt annehmen?

GÄRTNER: Natürlich ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse von großer Bedeutung. Aber wir wissen durch Studien, dass langjährige Konflikte häufig zu einer Zunahme von innerfamiliärer Gewalt führen. Dieser Tatsache tragen wir in unseren Projekten dadurch Rechnung, dass wir sagen, ja, die Sicherstellung der Basisbedürfnisse ist essentiell, aber es braucht auch psychosoziale Angebote, die speziell auf die verschiedenen Hochrisikogruppen wie Kinder, Teenager, Frauen und Senioren ausgerichtet sind. Ein von der Caritas eingerichtetes offenes Gemeindezentrum wurde zum Beispiel sofort sehr gut angenommen. Die Besucher*innen merken, wie ihre Resilienz – ihre Fähigkeit, mit dem psychischen Druck umzugehen – durch die dort wahrgenommenen Angebote zunimmt. Der Austausch mit anderen und der Aufbau von Vertrauensverhältnissen sind gerade in dieser schwierigen Lage für das psychische Wohlbefinden von entscheidender Bedeutung.

Wie sieht psychosoziale Hilfe in einem Bürgerkriegsland aus?

GÄRTNER: Es sind Angebote für Kinder, sich zu treffen, gemeinsam zu spielen oder Nachhilfeunterricht zu erhalten. Einfach Zeit zu erleben, in der sie sich sicher und geschützt fühlen. Jugendliche Mädchen und Frauen bekommen über diese Angebote die Möglichkeit, sich außerhalb ihres Hauses ohne männliche Begleitung zu treffen. Dinge, die in einer friedlichen Umgebung, wo Kinder eine Schule besuchen und Erwachsene sich mit Freunden treffen, ganz alltäglich sind. Die aber in einem von Unsicherheit, Angst und Mangel geprägtem Alltag komplett fehlen. Natürlich gibt es Menschen, denen dieses Angebot nicht reicht, die weitaus mehr Unterstützung oder sogar psychiatrische Behandlung brauchen. Diese werden dann, wo möglich, an spezialisierte Angebote anderer Organisationen verwiesen. Aber unser Eindruck ist, und das belegen auch wissenschaftliche Studien, dass wir mit diesem niedrigschwelligen Angebot bis zu 90 Prozent der Menschen erreichen und damit viel Positives bewirken können.

Kinderarbeit und Kinderheirat sind zwei traurige Phänomene, die oft mit interner Vertreibung einhergehen. Wie ist das in Syrien und was kann die Caritas dagegen tun?

GÄRTNER: Wir hören ständig von tragischen Geschichten, in denen Kinder aufgrund der Verhältnisse ihrer Kindheit beraubt werden. Mädchen werden früh verheiratet, damit sie versorgt sind. Jungs müssen schon sehr früh Arbeiten verrichten, die weder ihrer körperlichen noch sonstigen Entwicklung angemessen sind. Grundsätzlich hängen diese Phänomene aber mit der allgemeinen Armut und Perspektivlosigkeit der IDPs zusammen – und die kann eine Caritas allein nicht beseitigen. Aber wir können darauf hinwirken, dass abgewartet wird, dass nach anderen Lösungen gesucht wird. Wir können den Eltern aufzeigen, welche Folgen diese aus der Not heraus getroffenen Entscheidungen für das ganze Leben ihrer Kinder haben.

ANGELA GÄRTNER
ist Syrien-Referentin bei Caritas international

Im IDP-Camp Balana informiert die Caritas über die Gefahr durch Landminen.

© Philipp Spalek

Myanmars vergessener **Bürgerkrieg**

In Norden des südostasiatischen Landes Myanmar, dem früheren Burma bzw. Birma, werden ethnische Minderheiten immer wieder vertrieben. Der Grund dafür sind Konflikte verschiedener ethnischer Gruppen mit der Regierungsarmee, die teilweise bis in die Zeit der Staatsgründung 1948 zurückreichen. In vielen Familien wiederholt sich die Erfahrung der Vertreibung bereits in der dritten Generation.

VON LINDA TENBOHLEN

Nhkum La Ja hat seine eigene Geschichte mit der Vertreibung. Zum zweiten Mal in seinem Leben musste er 2011 aus seinem Dorf fliehen. „Die Bauern holten gerade auf den Reisfeldern die Ernte ein“, erzählt er. „Dann wurde plötzlich geschossen, und es fielen Bomben.“ Zwei Tage lang versteckte er sich mit seiner Frau und seinen drei Kindern im Dschungel, der jüngste Sohn war damals sechs Monate alt. Dann gelang ihnen die Flucht aus dem Dorf über den Ayeyarwady-Fluss mit dem Boot. „Wir hatten nicht erwartet, dass der Krieg unser Dorf erreichen würde. Ta Law Gyi ist ein großes Dorf mit mehr als 5.000 Bewohnern. Bis zum Ausbruch der Kämpfe haben wir hier friedlich zusammengelebt. Jetzt leben dort immer noch Shan, Inder, Chinesen, aber keine Kachin mehr.“

Gewalt eskaliert erneut

Nhkum La Ja gehört zur christlichen Minderheit der Kachin, die im gleichnamigen Staat im Norden Myanmars leben. Die Kachin Independance Army (KIA) ist der bewaffnete Arm der Unabhängigkeitsbewegung KIO (Kachin Independance Organisation) und kämpft um größere Autonomie von der Zentralregierung. Doch nicht alle Angehörigen der Kachin unterstützen diese Ziele. Die meisten wollen nach den jahrzehntelangen Kämpfen, die zwar durch Waffenstillstände unterbrochen sind, aber immer wieder aufflammen, vor allem in Frieden leben. 2011 brach die KIA den seit 1991 vereinbarten Waffenstillstand mit der Regierungsarmee, woraufhin die Gewalt erneut eskalierte.

„Es gibt große Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen“, erklärt Nhkum La Ja. „Einige bewaffnete Shan-Milizen stehen in einem Bündnis mit den bewaffneten Regierungsgruppen. Deswegen hat die Regierungsarmee vor allem das von Kachin besiedelte Gebiet des Dorfes angegriffen. Die Shan können jetzt in unser Dorf zurückkehren. Wir Kachin können nicht zurück. Wir werden als Unterstützer der Separatisten gesehen, ob wir wollen oder nicht.“

Wiederholte Vertreibung

Im Alter von sieben Jahren ist Nhkum La Ja schon einmal vertrieben worden. Damals lebte er mit seinen Eltern in einem Dorf weiter im Süden. Die Familie floh vor Kämpfen zwischen Rebellen und der Armee während der Regenzeit mit einem Ochsenkarren. Alles war überflutet. Sie

Sesam und Spinat bauen Nhkum La Ja und seine Familie in ihrem kleinen Garten an. Die Erträge helfen ihnen zu überleben.

mussten Bäche überqueren, sich an Flüssen übersetzen lassen. Die Erwachsenen trugen die Babys und ihre Habseligkeiten auf dem Kopf, erzählt er. Der Neustart in Ta Law Gyi war für die große Familie damals sehr hart. Sie hatten kein Ackerland, kaum Reis zu essen. Aber die Familie hatte es geschafft und sich niedergelassen. Bis Nhkum La Ja nach 34 Jahren das Dorf, das ihm längst zur neuen Heimat geworden war, erneut verlassen und fliehen musste. „Das Volk der Kachin hat eine lange Geschichte der Vertreibung hinter sich", sagt Nhkum La Ja. „Wenn die Truppen kamen, sind wir aus dem Dorf in den Dschungel geflohen und haben unsere Existenzen aufgegeben. Das ist schon so häufig passiert."

Keine Perspektive auf Rückkehr

Seit neun Jahren lebt Nhkum La Ja mit seiner Familie nun in Myitkyina, der Hauptstadt des Kachin States. Da die meisten Kachin Christen sind, haben viele der Vertriebenen Zuflucht auf Grundstücken der katholischen Pfarrgemeinden gefunden. Dort sind in den vergangenen Jahren kleinere Lager entstanden. Nhkum La Ja nimmt teil am Landwirtschaftsprogramm von Caritas international, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wird. Vor Ort organisieren die lokale Caritas und Trócaire[1] die Arbeit. Nhkum La Ja hat ein Stück Land bekommen, das er mit Hilfe der Caritas bebauen kann, außerdem landwirtschaftliche Materialien wie Saatgut, Hacken, Planen und Messer. Zusätzlich erhalten die Vertriebenen etwas finanzielle Unterstützung für Investitionen. Nhkum La Ja baut Sesam und Spinat an.

Dank dieser Unterstützung kann Nhkum La Ja sich und seine Familie inzwischen einigermaßen versorgen. Seine Frau und sein ältester Sohn helfen bei der Bestellung der Felder. Doch der Verlust der Heimat lässt sich nicht aufwiegen. „Heimat bedeutet für mich, in der Nähe meines Dorfes zu sein, die Erinnerungen an das Leben dort", sagt er. „Zuhause ist, wo wir früher gelebt haben. Es ist Essen, Arbeit, alles."

LINDA TENBOHLEN
ist Teamleiterin Kommunikation bei Caritas international.

Konfliktursachen sind vielschichtig

Myanmar, das frühere Burma/Birma, ist ein Vielvölkerstaat in Südostasien. Die rund 52 Millionen Einwohner*innen gehören offiziell 135 verschiedenen Ethnien an. Der Bürgerkrieg in Myanmar dauert seit mehr als sieben Jahrzehnten an und gilt als ältester Bürgerkrieg der Welt. Er wird von mehreren Konfliktlinien überlagert. Eine bedeutende Konfliktlinie verläuft zwischen dem Militär auf der einen Seite und den demokratischen, zivilgesellschaftlichen Kräften auf der anderen Seite.

Ein weiterer Konflikt wird zwischen dem Zentralstaat und zahlreichen ethnischen Minderheiten ausgetragen, die für ihre Unabhängigkeit oder größere Autonomie innerhalb Myanmars kämpfen.

Während die ethnischen Minderheiten seit jeher auf größere Unabhängigkeit und die Einführung föderaler Strukturen pochen, setzen große Teile des Militärs Föderalismus mit dem Zerfall des Landes gleich. Der derzeit explosivste ethnopolitische Konflikt wird im Rakhine State ausgetragen. Dort leben unter anderem Angehörige der Gruppe der muslimischen Rohingya, von denen 2018 ein Großteil nach Bangladesch geflohen ist.

Obwohl die neue Regierung 2012 einen Demokratisierungsprozess begonnen hat, nimmt die Intensität der Kämpfe zwischen Armee und ethnischen Gruppen wieder zu. Die Folge sind über 240.000 Binnenvertriebene und fast eine Million Flüchtlinge in den Nachbarländern.

1 Trócaire ist die Entwicklungshilfe- und Nothilfeorganisation der irischen römisch-katholischen Kirche.

© Nora Hubrich/Caritas international

Wie geht es weiter?
Mädchen in einer Notunterkunft bei Alotenango, Guatemala.

Im Würgegriff der Gewalt
Binnenvertreibung in Zentralamerika

In den vergangenen Jahren waren die Mord- und Gewaltraten in Zentralamerika höher als in aktuellen Kriegsgebieten. Ganze Familien fliehen, weil sie die alltägliche Gewalt nicht mehr ertragen oder Angst haben, dass ihre Kinder von kriminellen Banden rekrutiert oder getötet werden. Nur in seltenen Fällen wird die Gewalt strafrechtlich geahndet. Die Betroffenen sind weitgehend auf sich allein gestellt.

VON NORA HUBRICH

Eine Frau, die in einer honduranischen Kleinstadt einen Imbiss betreibt, muss regelmäßig Schutzgeld an eine kriminelle Gang zahlen. Doch sie kann das Geld nicht aufbringen, denn wegen der anhaltenden Dürre im Land ist der Preis für die Grundnahrungsmittel Reis und Bohnen gestiegen. Die Frau erhält Drohungen. Nach drei Wochen Zahlungsrückstand wird ihr Mann beim Abendessen umgebracht, vor den Augen der drei minderjährigen Töchter. Die Frau wendet sich nicht an die Polizei, sondern flieht mit ihren Kindern in die Hauptstadt. Ob ein Gangmitglied der Täter war, ob die ausbleibenden Schutzzahlungen der Grund waren, oder ob es vielleicht eine Verwechslung war – sie weiß es nicht. Anzeige wird sie nie erstatten, aus Angst vor Vergeltung, und weil sie nicht an einen funktionierenden Rechtsstaat in ihrem Land glaubt.

Diese Geschichte klingt übertrieben, ist aber in weiten Teilen Zentralamerikas nicht außergewöhnlich. Tausende Menschen, insbesondere aus Guatemala, Honduras und El Salvador, den Ländern des sogenannten nördlichen Dreiecks, sind auf der Flucht. Die medienwirksamen Bilder der Migrantenkarawanen in Richtung USA zeigen allerdings nur einen Teil der Problematik: An den „amerikanischen Traum“ glauben die Wenigsten, und die Flucht über die Landesgrenzen hinweg ist ein Akt der Verzweiflung, nachdem viele bereits innerhalb ihres Landes geflüchtet sind. In den vergangenen Jahren ist nicht nur die Zahl der Flüchtlinge aus Zentralamerika auf mehr als 400.000 Menschen gestiegen[1], sondern auch die innerstaatlichen Fluchtbewegungen nehmen zu: Allein in El Salvador und Honduras gibt es 318.000 Binnenvertriebene, die größtenteils auf sich allein gestellt sind.[2]

Ursprung der Maras

Diese humanitäre Krise wird nicht ausgelöst durch einen akuten Krieg oder eine Naturkatastrophe. Es ist, neben Armut und Arbeitslosigkeit, die Gewalt und die damit zusammenhängende Gefahr und Perspektivlosigkeit, die die Menschen zur Flucht zwingt. In den vergangenen Jahren übertrafen die Mord- und Gewaltraten im nördlichen Dreieck diejenigen aktueller Kriegsgebiete.[3] Verantwortlich dafür ist vor allem die organisierte Kriminalität im Zusammenhang mit Drogenhandel, Geldwäsche und Bandenkriminalität.

Was nach einem Teaser für eine Actionserie klingt, ist in Honduras, El Salvador und Guatemala Realität. Diese Länder gelten als Umschlagsplatz des internationalen Drogenhandels, an dem sich Kartelle, korrupte Machthaber und kriminelle Banden beteiligen. Dabei werden die Strukturen der sogenannten „Maras“ genutzt, um Schmuggelrouten oder Territorien zu sichern. Die als „Maras“ bezeichneten kriminellen Banden haben ihren Ursprung in den 1980erJahren in den USA. In Los Angeles schlossen sich damals mittelamerikanische Einwanderer, die häufig aufrund der Kriege in ihren Ländern in die USA migriert waren, in Gangs zusammen, um sich gegen andere bestehende Gangs zu behaupten. Als die Bürgerkriege in Mittelamerika endeten, wurden straffällig gewordene Personen in ihre Herkunftsländer abgeschoben, die ihnen aber oft fremd waren. Viele hatten ihre Kindheit und Jugend in den USA verbracht. In den von Krieg und Armut geprägten Post-Konflikt-Gesellschaften Zentralamerikas mit extrem hohem Waffenaufkommen und schwachen Sicherheitsstrukturen konnte sich die mitgebrachte Mara-Subkultur mit ihren Jugendbanden schnell ausbreiten.

Soziale, politische und wirtschaftliche Missstände trugen dazu bei, dass diese Gangs ihren gesellschaftlichen Einfluss immer weiter ausbauen konnten. Sie haben eine Art Parallelgesellschaft aufgebaut, in der sie das Sagen und staatliche Institutionen geringen oder gar keinen Einfluss haben. Teilweise sind Sicherheitskräfte und Justiz von Bandenmitgliedern unterwandert. >>

Teilnehmende eines Caritas-Projektes für IDPs in El Salvador erzählen von ihren täglichen Herausforderungen.

„Mara barrio 18“ und „Mara Salvatrucha“ sind heute die beiden größten rivalisierenden Gangs, die allein in El Salvador mehr als 60.000 Mitglieder haben. Hinzu kommen ihre Familien und tausende Menschen, die für sie arbeiten, was bedeutet, dass ihr politischer und wirtschaftlicher Einfluss enorm ist.

Von Gewalt geprägter Alltag

Welche akute Gefahr geht von den Banden für die Zivilbevölkerung aus? Die Maras konkurrieren untereinander im Kampf um Territorien – das können Dörfer, Stadtviertel oder ganze Regionen sein. Von der dort lebenden Bevölkerung verlangen sie Gehorsam. Geschäftsleute, Ladenbesitzer, Bus- und Taxifahrer müssen oftmals Schutzgeld an die Maras zahlen. Wer sich wehrt oder nicht zahlen kann, wird bedroht, Frauen werden sexuell missbraucht. Je mehr Territorium eine Bande beherrscht, desto mehr Einnahmemöglichkeiten hat sie. Weitere Einnahmequellen der Gangs sind Drogen- und Waffenhandel, Menschenschmuggel und Überfälle. Nicht immer interessieren sich Bandenmitglieder für die Zivilbevölkerung, weshalb viele Menschen versuchen, sich mit den Gangs zu arrangieren. Sie hoffen, gar nicht erst in ihr Visier zu geraten. So werden Geschäfte oftmals nach den ersten Erpressungen geschlossen, Eigentum wird freiwillig abgetreten, oder Jugendliche fliehen präventiv, um sich dem Einfluss der Banden zu entziehen. Denn Kinder und Jugendliche werden oft zum Beitritt gezwungen und für kriminelle Aufgaben eingesetzt.

Fehlende Rechtssicherheit

Eine Anzeige erstatten die Betroffenen nur selten. Man könnte sagen, dass in den Ländern des nördlichen Dreiecks zu großen Teilen Straflosigkeit und unzureichende Rechtssicherheit herrschen und die Staaten nicht in der Lage sind, ihren Steuerungs- und Ordnungsfunktionen gerecht zu werden. Oft sind kriminelle Akteure, staatliche Funktionäre, Unternehmer und nicht selten auch Polizei und Militär miteinander verflochten, und der Einfluss der Gangs wird als politische Entschuldigung für Versäumnisse vorgeschoben.

Die Gewalt hinter sich lassen: Haftentlassene in Honduras können sich mit einer Ausbildung eine neue Zukunft aufbauen, als Schneiderin...

Hinzu kommt, dass die teilweise repressiven Einsätze von Militär und Polizei im Kampf gegen die Gangs selbst Vertreibungen auslösen. Wer sich nicht sicher ist, bei einer Anzeige mit einem Verfahren gegen die Täter rechnen zu können, sondern Angst hat, sich selbst noch mehr zu gefährden, lässt es lieber bleiben und flieht still und leise, ohne großes Aufsehen zu erregen. Nicht nur die Angst vor Vergeltung, auch das geringe Maß an Vertrauen in die staatlichen Behörden und das grundsätzlich herrschende gesellschaftliche Misstrauen sind alarmierend. Über ihre Situation berichten die Betroffenen aus Angst vor Repressalien nur selten, und in den Statistiken über Binnenflüchtlinge tauchen nicht alle Vertriebenen auf.

Flucht in die Stadt

Neben den Maras wird die Vertreibung in Zentralamerika aber auch durch strukturelle Gewaltursachen gefördert.[4] Dazu gehören häusliche und sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Frauen, die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder einer indigenen Zugehörigkeit. Auch die für weite Teile der

Vielschichtige Problemlagen: Kinder in einem Projekt zur Unterstützung junger Mütter in Quiché, Guatemala.

Bevölkerung nach wie vor vorherrschende Armut, mangelnde Bildungschancen und fehlende Jobmöglichkeiten tragen entscheidend dazu bei, dass Menschen in andere Landesteile migrieren müssen. Großprojekte wie Wasserkraftwerke und Tagebau, wodurch es oftmals zu Landstreitigkeiten und damit verbundenen Zwangsevakuierungen bäuerlicher Gemeinden kommt, sind ebenfalls Auslöser für Binnenvertreibung.[5] Ein weiterer häufiger Fluchtgrund ist der Entzug der Lebensgrundlage durch industrielle Monokulturen, die den umliegenden Gemeinden das Wasser abzweigen und durch ihren Pestizideinsatz das Grundwasser verseuchen.

Viele der Binnenvertriebenen suchen Zuflucht in den größeren Städten. Sie bieten zwar mehr Einkommensmöglichkeiten als ländliche Gebiete, Sicherheit und Schutz werden allerdings auch dort nicht garantiert. Vor allem Großstädte wie Tegucigalpa, San Salvador und Guatemala-Stadt haben Gewaltraten, die mit Kriegsgebieten vergleichbar sind, und zählen zu den Städten mit den höchsten Mordraten weltweit. Viele der Vertriebenen kommen aber gerade in den von Maras beherrschten, meist ärmeren Stadtteilen unter.

© Nora Hubrich/Caritas international

Die Flucht in die Städte trägt zudem zu einer raschen und ungeplanten Urbanisierung bei, was die in den überfüllten städtischen Randgebieten ankommenden Vertriebenen vor zusätzliche Herausforderungen stellt. Hinzu kommt, dass durch die Vertreibung oftmals familiäre Netzwerke auseinandergerissen werden, die in Gesellschaften, in denen es keine staatliche soziale Absicherung gibt, besonders wichtig sind. Viele Kinder gehen nach der Flucht nicht wieder zur Schule, die Jugendarbeitslosigkeit unter Vertriebenen ist weit verbreitet. All dies führt nicht selten dazu, dass Betroffene aus der Not heraus selbst kriminell werden. Vor allem Jugendliche sind in dieser Situation empfänglich dafür, sich von Gangs rekrutieren zu lassen.[6]

© Nora Hubrich/Caritas international

...oder als Schreiner. Damit bekommen die Menschen mit Hilfe der Caritas eine langfristige Perspektive für die Zukunft.

Caritas-Ansatz

Es gibt unterschiedliche Gründe, sich einer Mara anzuschließen: Sie bietet eine Art Schutz und finanzielle Absicherung, gibt den Jugendlichen eine Aufgabe und stellt eine Art "Ersatzfamilie" für oftmals eltern- oder vaterlose Kinder dar. Für einige bietet sie die einzige Chance auf Überleben oder Stabilität.

Es liegt auf der Hand, dass es für die vielfältigen Ursachen für Gewalt und Vertreibung nicht ein einziges Rezept zur Problemlösung gibt. Dennoch können sich NGOs oder die Caritas auf vielfältige Weise darum bemühen, den Kreislauf der Gewalt an unterschiedlichen Stellen zu durchbrechen. In Guatemala kooperiert Caritas international beispielsweise mit der Caritas Suchitepéquez, die mit Kindern und Jugendlichen zum Umgang mit verschiedenen Gewaltformen arbeitet und dabei die Familien und die Schulen einbezieht. Gemeinsam mit anderen Institutionen werden Präventionsstrategien erarbeitet, die dann den kommunalen Behörden zur Anwendung vorgeschlagen werden. In San Pedro Sula, Honduras, ermöglicht die Gefängnispastoral die Reintegration von Haftentlassenen. Einige von ihnen engagieren sich inzwischen selbst in Gefängnissen und Schulen und tragen so zur Prävention von Gewalt bei.

In diesen sowie weiteren von Caritas international geförderten Projekten in Zentralamerika geht es darum, Anlaufstellen für von Gewalt betroffene Menschen zu schaffen. Außerdem werden (potentielle) Opfer und Täter von Gewalt darin unterstützt, eigene Lebensperspektiven aufzubauen und sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer von Misstrauen geprägten Gesellschaft ist dabei von enormer Bedeutung, ebenso wie die koordinierte Zusammenarbeit mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zum Schutz vor Gewalt.

NORA HUBRICH
ist für Caritas international als Beraterin in Guatemala, Honduras und Mexiko tätig.

1 UNHCR (2020): DIsplacement in Central America. *https://www.unhcr.org/displacement-in-central-america.html*
2 International Displacement monitoring centre (2019): Country profiles. *https://www.internal-displacement.org/countries/*
3 UNODC (2019): Global Study on Homicide. *https://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/global-study-on-homicide.html*
4 OAS / IACHR (2018): Internal Displacement in the Northern Triangle of Central America. *http://www.oas.org/en/iachr/reports/pdfs/InternalDisplacement.pdf*
5 Internal Displacement Monitoring Centre (2018): Cause or consequence? Reframing violence and displacement in Guatemala. *https://www.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/201809-guatemala-cause-or-consequence-en.pdf*
6 United Nations Office on Drugs and Crime (2019): Global Study on Homicide. *https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/gsh/Booklet2.pdf*

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Caritasverband e.V., Caritas international,
Karlstraße 40; 79104 Freiburg, Tel.: (0761) 200-288; Fax: (0761) 200-730
E-Mail: contact@caritas-international.de
Internet: www.caritas-international.de
Redaktion: Andrea Edler, Linda Tenbohlen (verantw.)
Interviews: Andrea Edler, Übersetzung: Stefan Teplan
Lektorat/Fotoredaktion: Christian Stock
Titelbild: Darfur 2014, © Annie Bungerouth/ACT-Caritas
Layout: Sebastian Schampera, MSG | media
Druck: Poppen & Ortmann, Freiburg

klimaneutral gedruckt
www.klima-druck.de
ID-Nr. 2095029
bvdm.

Mehr zum Thema:
www.caritas-international.de/binnenvertreibung

Wegsehen hilft nicht. Spenden schon.

Wir helfen Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten. Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende.

DZI Spenden-Siegel

#WegsehenHilftNicht
www.caritas-international.de/WegsehenHilftNicht/Flucht
Jetzt spenden: DE88 6602 0500 0202 0202 02

caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

Caritas international, das weltweit tätige Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, hilft nach Naturkatastrophen und in Krisengebieten das Überleben der Menschen zu sichern. Dabei arbeiten wir vor allem mit nationalen Caritas-Organisationen zusammen, die in mehr als 160 Ländern Hilfe leisten. Mit sozialen Projekten unterstützen wir Menschen, die besonders schutzbedürftig sind: Kinder und Jugendliche, alte und kranke Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Caritas international hilft unabhängig von Herkunft, Religion oder politischer Überzeugung der Betroffenen.

www.caritas-international.de

Deutscher Caritasverband e.V. · Caritas international
Karlstraße 40 · 79104 Freiburg, Telefon: 0761 200-288, Fax:-730,
E-Mail: contact@caritas-international.de,
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, Karlsruhe;
IBAN: DE88 6602 0500 0202 0202 02; BIC: BFSWDE33KRL

caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS